

Resolution der Fachtagung Altenpflege am 19./20. Oktober 2021 in Berlin

Die Altenpflege braucht mehr Personal und flächendeckend gute Löhne sowie eine grundlegende Finanzreform – hier muss die neue Bundesregierung liefern

Viel Lob und Anerkennung, aber bislang keine spürbaren Verbesserungen. So stellt sich die aktuelle Lage in der Altenpflege dar. Mit Blick auf die anstehenden Koalitionsverhandlungen sagen wir: Das muss sich ändern. Die Altenpflege gehört oben auf die Agenda der neuen Bundesregierung. Die strukturellen Probleme müssen endlich behoben werden. Die Gesetze der vergangenen Jahre reichen nicht. In diesem reichen Land müssen Menschen ihren Lebensabend in Würde verbringen können. Jede und jeder ist potenziell auf eine gute Pflege angewiesen. Dafür braucht es in den stationären Einrichtungen und ambulanten Diensten genug qualifiziertes Personal, das unter guten Arbeitsbedingungen und flächendeckend mit tariflicher Bezahlung arbeitet. Die Voraussetzung dafür ist eine solide Finanzierung.

Das heißt konkret:

-Mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen durch bundesweit einheitliche, bedarfsgerechte Personalvorgaben. Der von der Uni Bremen festgestellte Personalmehrbedarf von 36 Prozent muss schrittweise verbindlich refinanziert werden. Es braucht deutlich mehr Fachkräfte, um eine qualitativ hochwertige Versorgung zu ermöglichen.

-Die Bezahlung in der Altenpflege muss sich flächendeckend an guten Tarifverträgen wie dem TVöD orientieren. Nicht erst 2025, sondern bereits 2023 muss evaluiert werden, ob das von der noch amtierenden Bundesregierung beschlossene Gesetz substanzielle Verbesserungen bringt. Wenn nicht, muss gehandelt werden. Denn eine angemessene Bezahlung ist Voraussetzung dafür, genug Arbeitskräfte zu gewinnen und zu halten.

-Echte Deckelung der Eigenanteile in der stationären Pflege. Die Pflegeversicherung muss alle pflegebedingten Kosten vollständig abdecken. So wird verhindert, dass die notwendigen Kostensteigerungen zu Lasten der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Angehörigen gehen. Beschäftigte und Bewohner*innen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Für eine solche Solidarische Pflegegarantie machen wir #GemeinsameSache.

- Wir brauchen eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung. Sie muss in die Lage versetzt werden, alle pflegebedingten Kosten zu übernehmen und solidarisch finanziert werden. In einem ersten Schritt muss ein Finanzausgleich zwischen der Privaten und der Sozialen Pflegeversicherung geschaffen werden. Dies führt zu mehr Gerechtigkeit und erweitert die finanziellen Spielräume.

Die Erfahrung zeigt: Trotz der politischen Sonntagsreden sind Verbesserungen in der Altenpflege kein Selbstläufer. Sie müssen erkämpft werden. Durch betriebliche Aktivitäten, öffentliche Proteste und Tarfbewegungen. Wir setzen darauf, noch mehr unserer Kolleginnen und Kollegen in ver.di zu organisieren. Bessere Arbeitsbedingungen, gute Löhne, bedarfsgerechte Finanzierung – gemeinsam erreichen wir das.

*Beschlossen am 20. Oktober 2021 in Berlin von rund 80 Interessenvertreter*innen aus der Altenpflege*